

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Freitag, 25.04.2008, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Aab, Acker, Backes, Becker, Böttcher, Brahms, Daser, Dinnebier, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

CDU: Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Lohse, Mehnert, Oppermann, Dr. Röder, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer, Prof. Dr. Simon, Stompfe, Dr. Wulff

GRÜNE: Dr. Baumann, Busch, Dorn, Floherschütz, Götting, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer, Dr. Therre-Staal, Weber-Hofmann

Marburger Linke: Adsan, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Gottschaldt, Schäfer

FDP: Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel

MBL: Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadträtin Dr. Amend-Wegmann
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stötzel

Es fehlten entschuldigt:

Stadträte Biver und Reinhard, Stadtverordnete Pfalz (CDU), Vaupel (CDU), Metz (Marburger Linke)

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17:07 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt, das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt besonders die Stadtverordnete Mehnert (CDU), die heute ihren 50. Hochzeitstag begeht. Der Stadtverordnetenvorsteher gratuliert im Namen des gesamten Hauses und überreicht einen Blumenstrauß. Die Stadtverordnete Mehnert bedankt sich mit einer kurzen Ansprache für die Aufmerksamkeit.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. März 2008 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Einwände gegen das Protokoll werden nicht vorgetragen. Somit gilt es in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor.

1. **Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Bürgerliste betr. Solidaritätserklärung für Dagmar Metzger**

Der Antrag wird zusätzlich begründet durch den Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL). Gegen die Dringlichkeit der Vorlage spricht der Stadtverordnete Becker (SPD).

In der folgenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, FDP, MBL und Marburger Linken die Dringlichkeit. Damit ist jedoch das von der hessischen Gemeindeordnung geforderte 2/3 Quorum des Hauses nicht erreicht.

Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der Stadtverordnete Dr. Uchtmann (MBL) beantragt die Behandlung dieses Antrages im üblichen Geschäftsordnungsverfahren (Haupt- und Finanzausschuss).

2. **Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betr. Schutz der Bevölkerung in Tibet**

Der Stadtverordnete Stompfe (CDU) begründet die Vorlage zusätzlich mündlich.

Gegen die Dringlichkeit wird nicht gesprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt einstimmig den Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung auf. Der Stadtverordnetenvorsteher wird den Antrag unter TOP 9.1 aufrufen.

Weiterhin gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen und empfohlenen Zurückstellungen von Vorlagen. Die ausgedruckte Tagesordnung wird insofern genehmigt.

zu 4 Fragestunde

**zu 4.1 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 1 4/2008)
Vorlage: VO/0239/2008**

Sieht der Magistrat nicht einen Widerspruch darin, einerseits die nachvollziehbare Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Prof. Dr. Schwick u. a. auch mit seinem Engagement für die Abschaffung der Leichtlohngruppen bei den Behring-Werken zu begründen, während der Magistrat in seiner Aufsichtsratsfunktion bei den Stadtwerken resp. MABUS bisher weder Willen noch Aktivitäten erkennen lässt, unterschiedliche Entlohnungstarife der BusfahrerInnen für die gleiche Arbeit abzuschaffen? (was natürlich u. E. „Anpassung nach oben“ bedeuten muss.).

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet:

Der Magistrat kann einen Zusammenhang zwischen der Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Herrn Prof. Dr. Schwick und der Entlohnung der Busfahrerinnen und Busfahrer der Marburger Verkehrsgesellschaft mbH nicht erkennen.

Die Busfahrerinnen und Busfahrer, die bei der Marburger Verkehrsgesellschaft mbH beschäftigt sind, werden nach den zwischen dem Landesverband hessischer Omnibusunternehmer e.V. (LHO) und der Gewerkschaft ver.di ausgehandelten Tarifen entlohnt. Lediglich die schon zu Zeiten des Eigenbetriebs Stadtwerke Marburg mit der Umgründung in eine GmbH übergeleiteten Busfahrerinnen und Busfahrer werden noch zu den in der Tat höheren Tarifen des öffentlichen Dienstes entlohnt.

Würde man im Sinne des Fragestellers eine „Anpassung nach oben“ vornehmen, wäre die Wettbewerbsfähigkeit der MVG nicht mehr gegeben, was aufgrund EU-rechtlicher Vorschriften eine europaweite Ausschreibungspflicht der Nahverkehrsdienstleistungen durch die Aufgabenträgerin Stadt Marburg zur Folge hätte und in letzter Konsequenz vermutlich einen Verlust aller Arbeitsplätze der Busfahrerinnen und Busfahrer der MVG bedeuten würde.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

**zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr. 2 4/2008)
Vorlage: VO/0267/2008**

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob schon ein Ergebnis des Verkehrsversuchs bezüglich der Abschaltung sämtlicher Straßenlampen an der B 3 a im Stadtgebiet der Universitätsstadt Marburg vorliegt, ggf. mit welchen Erkenntnissen.

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet:

Die Beantwortung erfolgt in der großen Anfrage der Marburger Bürgerliste zu diesem Thema.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

**zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr. 3 4/2008)
Vorlage: VO/0279/2008**

Ist den Bediensteten der Marburger Schulsekretariate die Mehrarbeit, die auf Grund der neuen Software LUSD entstanden ist, in vollem Umfang vergütet worden?

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet:

Den Schulsekretärinnen wurde von Seiten der Fachdienste 40 und 10.2 freigestellt, ob sie sich die wegen der LUSD-Probleme entstandenen Mehrarbeitsstunden ausbezahlen lassen oder ob sie entsprechend Freizeitausgleich in Anspruch nehmen wollen.

Fast allen Anträgen auf Ausbezahlung der Mehrarbeitsstunden wurde im Rahmen der tarifrechtlichen Regelungen in vollem Umfang entsprochen. Lediglich einer Schulsekretärin, die derzeit im Rahmen der Altersteilzeit neben ihren Bezügen noch einen Aufstockungsbetrag erhält, wurden 16 geleistete Mehrstunden nicht gesondert vergütet, da ansonsten wegen Überschreitens der Geringfügigkeitsgrenze der Aufstockungsbetrag nicht hätte gewährt werden können, wodurch sich die Betroffene finanziell wesentlich schlechter gestanden hätte.

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach

**zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 4 4/2008)
Vorlage: VO/0241/2008**

Ist es möglich die städtischen Abfallbehälter am Rand des Messeplatzes durch andere, krähensichere Behälter zu ersetzen? Nach eigener Beobachtung stellen sie eine maßgebliche Ursache für die Müllverbreitung durch Krähen auf dem gesamten Platz dar.

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die aktuell aufgestellten Papierkörbe wurden angeschafft, weil sie einerseits das für den stark frequentierten Standort erforderliche Volumen haben und andererseits durch die Abdeckung laut Angabe des Herstellers vor der in der Fragestellung beschriebenen Müllverbreitung durch Krähen schützen sollten. Der Magistrat hat das Problem bereits erkannt und den DBM gebeten, entsprechende Alternativen zu finden.

Nach Rücksprache mit DBM können dies einerseits Klappdeckel-Papierkörbe sein. Bisher konnte aber noch kein Anbieter gefunden werden, der ein entsprechendes Volumen (mindestens 120 Liter wie die jetzt aufgestellten Gefäße) anbietet.

Andererseits wird in Erwägung gezogen, dort Unterflur-Papierkörbe einzubauen. Diese bieten die Vorteile, dass sie ein Fassungsvermögen von 640 Liter haben und durch den Einwurfschacht die Wahrscheinlichkeit äußerst gering ist, dass eingeworfener Müll wieder in der Landschaft verteilt werden kann.

Derzeit wird zusammen mit dem Fachdienst Tiefbau geprüft, ob der Einbau derartiger Papierkörbe bautechnisch möglich ist. Die Kosten für 5 solcher Unterflur-Papierkörbe würden sich einschließlich Einbau auf ca. 7.500 € belaufen.

zu 4.5

**Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 5 4/2008)
Vorlage: VO/0263/2008**

Kann der Magistrat überprüfen, wie die Trinkwasserqualität in Marburg ist und insbesondere, ob medizinische Rückstände nachweisbar sind?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Trinkwasserqualität wird gemäß Trinkwasserverordnung von der Stadtwerke Marburg GmbH kontinuierlich überprüft und die Einhaltung der Grenzwerte sichergestellt.

Die Trinkwasserverordnung schreibt die periodische Überprüfung von mikrobiologischen, Indikator-, betrieblichen und chemischen Parameter vor.

Einen entsprechenden Auszug aus der Analyse der Trinkwasserqualität ab Wasserwerk Wehrda vom September 2007 liegt beispielhaft anbei.

Der Gesetzgeber sieht zurzeit keine Veranlassung, und entsprechend liegen auch keine Durchführungsverordnungen mit Grenzwerten etc. vor, dass die Versorger das gewonnene Roh- oder Trinkwasser auf medizinische Rückstände untersuchen. Daher ist eine aussagekräftige Analytik für die Stadtwerke Marburg auch nicht möglich.

**zu 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 6 4/2008)
Vorlage: VO/0268/2008**

Warum sind die Fahrradständer in der Wilhelmstrasse Ecke Gutenbergstrasse so montiert, dass die Radfahrer den Radweg verlassen müssen, auf die Fahrbahn müssen um von dort ihr Fahrrad in den Ständer zu bringen? In Klardeutsch, warum sind die Ständer verkehrt montiert worden und wann wird Abhilfe geschaffen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Fahrradständer in der Wilhelmstraße sind in Absprache mit der Straßenverkehrsbehörde und dem Radverkehrsbeirat aufgestellt worden.

Die Fahrradständer sind zur Fahrbahn hin geöffnet worden, um einen barrierefreien Zugang zu gewährleisten. Hätte man die Fahrradständer zum Radweg hin geöffnet, müssten die ausparkenden Fahrräder immer den angrenzenden Bordstein überwinden. Dies ist besonders für Fahrräder mit Kindersitz oder schweren Gepäcktaschen schwierig.

Weiterhin würden die ausparkenden Fahrräder den ohnehin schon schmalen Radweg behindern.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Jannasch (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 7 4/2008)
Vorlage: VO/0254/2008**

In der Gutenbergstraße wird von einer städtischen Kehrmaschine regelmäßig die Fahrbahn gereinigt. Früher war dort dann in der Nacht ein Halteverbot. Dies ist jetzt entfernt. Daher kann dort, wo jetzt Fahrzeuge parken, weder die Fläche noch der Rinnstein gereinigt werden. Welche Lösung kann die Stadt anbieten und warum sind die Reinigungsgebühren für die Eigentümer nicht gesenkt worden, da die Stadt nicht mehr die volle Leistung erbringt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die in Marburg übliche Halteverbotsbeschilderung, die in Straßen, in denen eine öffentliche Straßenreinigung durchgeführt wird, angebracht war, musste im Jahr 2006 auf Drängen der Aufsichtsbehörde im gesamten Stadtgebiet, so auch in der Gutenbergstraße, abgebaut werden.

Die Besatzung der Kehrmaschinen wurde daraufhin jeweils um einen Mitarbeiter erweitert, der dafür zuständig ist, die Straßenrinne im Bereich der parkenden Fahrzeuge manuell zu reinigen.

An den Reinigungsintervallen hat sich insgesamt nichts geändert, auch die Gutenbergstraße wird weiterhin zweimal wöchentlich durch eine Kehrmaschine des DBM gereinigt.

Um den Qualitätsverlust bei der öffentlichen Straßenreinigung kompensieren zu können, hat der Magistrat beschlossen, in allen Straßen, die der öffentlichen Straßenreinigung unterliegen, mehrmals jährlich eine Grundreinigung durchzuführen. Dafür werden jeweils mobile Halteverbote aufgestellt.

Da dem DBM durch diese Maßnahmen ein erheblicher Mehraufwand entsteht, wäre es nicht gerechtfertigt die Gebühren für die Straßenreinigung zu senken.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Jannasch (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.8 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 8 4/2008)**
Vorlage: VO/0242/2008

Was kann der Magistrat über die aktuelle Bestandssituation und die Zukunft des neuen Botanischen Gartens sagen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Antwort folgt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schäfer (Marburger Linke) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

Um 17:20 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Gottschaldt (Marburger Linke) die Sitzungsleitung.

zu 4.9 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 9 4/2008)**
Vorlage: VO/0243/2008

In der Unterführung am Rudolphsplatz Richtung Dresdner Bank befindet sich ein Wandgemälde eines chilenischen Künstlers. Der Zustand ist desaströs.

Besteht die Möglichkeit, dieses Bild zu restaurieren?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Das Gemälde wurde seinerzeit Mitte der 1970er Jahre mit dem Wissen erstellt, dass es in der Unterführung am Rudolphsplatz der natürlichen Witterung mit Kälte, Feuchtigkeit, Wärmeschwankungen ausgesetzt ist. Es entstand im Zusammenhang mit „Straßenkunst“ und war sicherlich auf Vergänglichkeit angelegt. Wenn es auf Dauer hätte bestehen sollen, so hätte es anders angelegt werden müssen (beispielsweise als Fresko).

Im Rahmen des Treppenprojektes existierte ebenso ein vergängliches Kunstwerk an den Treppenstufen der Ludwig-Bickell-Treppe. Dieses wurde nach ersten Abnutzungsspuren bewusst nicht mehr nachgebessert, da es in einen konkreten künstlerischen Zusammenhang mit aktuellem Bezug gehörte.

Bei der oben genannten Arbeit würde eine kostenintensive Restaurierung auch

eine Verfälschung der ursprünglich künstlerischen Idee bedeuten. Darüber hinaus müsste eine umfangreiche Recherche zum Künstler mit der Klärung erfolgen, ob eine Restaurierung überhaupt erlaubt und gewünscht ist, da der Künstler immer die Urheberrechte besitzt.

Vorstellbar wäre eine fotografische Dokumentation der Arbeit, um sie für die Zukunft zu sichern.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schäfer (Marburger Linke) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

**zu 4.10 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Erika Lotz-Halilovic (Nr. 10 4/2008)
Vorlage: VO/0244/2008**

Wer hat entschieden, dass ab wann die Krippen-Gruppen-Größe in der Einrichtung Eisenacher Weg von 8 Kindern auf 10 Kinder bei gleichem Personalschlüssel aufgestockt wurde? In welchen Gremien der Stadt Marburg wurde diese Entscheidung diskutiert und getroffen bzw. wurden informiert?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Rahmen des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG) wurde der öffentliche Jugendhilfeträger verpflichtet, für den Ausbau des Platzangebotes für Kinder unter 3 Jahren ein Konzept zu erstellen.

Dieses Konzept seitens der Jugendhilfeplanung aus dem Jahr 2005 wurde sowohl seitens des Jugendhilfeausschusses als auch des Sozialausschusses verabschiedet.

In diesem Konzept wird sich u. a. mit Vorschlägen zu Maßnahmen auseinandergesetzt, die zu ergreifen sind, wenn, wie derzeit festzustellen ist, das Aufnahmealter der Kinder gestiegen ist, denn die Festlegung der Gruppengröße auf 8 Kinder bezieht sich auf die Altersspanne von 0,6 - 3 Jahren. Die Maßnahme der Aufstockung der Gruppengröße fällt unter den Begriff „Anpassung an Altersverteilung“ des Konzeptes.

Durch die Einführung des Elterngeldes stieg das Aufnahmealter auf 1 - 1 ½ Jahre.

Diese Tatsache hat dazu geführt, dass auch nach einer Diskussion in der AG § 78 alle neuen Krippengruppen eine Gruppenstärke von 10 Kindern aufweisen.

Die logische Konsequenz, die sich hieraus ergab, war, auch die bestehenden Krippengruppen auf die Alterszusammensetzung hin zu überprüfen und zu verändern.

Im Fall der Krippe Eisenacher Weg wurden demzufolge 2 der 3 Krippengruppen aufgestockt, wobei eine Gruppe weiterhin bei 8 Kinder liegt, um jüngere Kinder aufnehmen zu können. Das Platzangebot wurde von 24 Kindern auf max. 30 Kindern hierdurch erweitert, lässt aber die Möglichkeit der flexiblen Belegung zu. Sollte wider Erwarten die Anzahl an jüngeren Kindern steigen, würde dies zu einer Reduzierung der Gruppenstärke führen. Diesen flexiblen Spielraum lässt die Belegungsspanne zwischen 24 - 30 Kinder zu.

Parallel zur Aufstockung der Gruppengröße wurde der Krippe eine Zusatzkraft mit 20 Stunden zugeordnet, und für das Kindergartenjahr 2009/2010 wird zusätzlich eine Berufspraktikantin in der Krippe eingesetzt.

Die Maßnahme der Aufstockung der Gruppengröße orientiert sich an dem rechtlichen Rahmen der Verordnung über Mindestvoraussetzungen in

Tageseinrichtungen für Kinder, bei der in § 2 die Gruppenstärke für alle Angebote in den Tageseinrichtungen geregelt ist.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Lotz-Halilovic (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Torsten Sawalies (Nr. 11 4/2008)
Vorlage: VO/0245/2008**

Berücksichtigt der Magistrat bei der Planung einer Kinderkrippe am Jugendhaus Connex in Marbach die Tatsache, dass in der Tallage kein Regelbau gestattet ist, um die Frischluftschneise zu erhalten?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In Nachbarschaft zum Jugendhaus Connex soll parallel zur Brunnenstraße eine Kinderkrippe errichtet werden. Das gesamte Grundstück ist im rechtskräftigen Bebauungsplan als Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Kindergarten“ festgelegt. Es existiert ein Beschluss zur Änderung des bestehenden Bebauungsplanes mit der Zielsetzung, den inneren Bereich zwischen Emil-von-Behring-Straße und Bienenweg von weiterer großflächiger Bebauung freizuhalten, um in erster Linie die hier verlaufende Frischluftschneise nicht weiter in ihrer Funktion zu behindern.

Eine Änderung der festgesetzten Gemeinbedarfsfläche im neu aufzustellenden Bebauungsplan ist nicht vorgesehen. Planungsrechtlich ist daher die Errichtung einer Kinderkrippe hier möglich, allerdings mit der Maßgabe, dass keine Barriere für den Kaltluftabfluss entsteht.

Es wird versucht, die klimatologischen Auswirkungen des Bauvorhabens weitgehend zu minimieren. So liegt das Grundstück ca. 2 m tiefer als die Brunnenstraße und die Kinderkrippe wird als eingeschossiger Bau mit Satteldach errichtet. Der Baukörper tritt zur Brunnenstraße im Wesentlichen mit der geneigten Dachfläche in Erscheinung, so dass hier eine im Vergleich zur Höhe der bestehenden Nachbargebäude untergeordnete Bebauung entsteht. Städtebaulich ist die Lage des Gebäudes an der Brunnenstraße sinnvoll, um nutzbare Freiflächen zwischen den beiden Gebäuden zu erhalten und keine Bebauung des inneren Grünzuges zwischen Emil-von-Behring-Straße und Bienenweg zu forcieren.

Letztendlich muss die Notwendigkeit zur Bereitstellung benötigter Betreuungsplätze für Kleinkinder mit den möglicherweise eintretenden Beeinträchtigungen der Klimafunktion abgewogen werden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP), Gottschlich (CDU) und Sawalies (FDP) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 12 4/2008)
Vorlage: VO/0269/2008**

Ist bei der künftigen Sperrung der Oberstadt für sämtlichen Autoverkehr am Samstag Vormittag eine Abfahrt Reitgasse abwärts in die notwendige neue Verkehrsplanung einbezogen worden, um für Gewerbetreibende und Bewohner unzumutbare Mobilitätseinschränkungen zu vermeiden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Eine Änderung der Verkehrsführung für die vierstündige Sperrung am Samstagvormittag ist nicht vorgesehen.

In dieser Zeit gelten die gleichen Regelungen wie zu den übrigen Sperrzeiten während der ganzen Woche.

**zu 4.13 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 13 4/2008)
Vorlage: VO/0270/2008**

Durch welche Kontrollen will der Magistrat gewährleisten, dass sich - nach der Umgestaltung der Freifläche an der Mainzer Gasse zur Aussichtsplattform - die dort bereits vorhandene Obdachlosenszene nicht ausweitet?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Gegen die Personen auf öffentlicher Fläche kann nur dann ein Platzverweis ausgesprochen werden, wenn es im konkreten Einzelfall zu Störungen kommt. Die Situation wird von der Ordnungspolizei beobachtet.

**zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Torsten Sawalies (Nr. 14 4/2008)
Vorlage: VO/0271/2008**

Warum sind am Spiel- und Aufenthaltsort Kornmarkt die fünf niedrigen Bronzestühle im Februar erst aufgebaut, im März dann wieder abgebaut worden und wie hoch war der finanzielle Aufwand für diese Aktion?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die von dem Architekten- und Künstler-Team konzipierten Stühle wiesen in der praktischen Erprobung erhebliche Mängel auf. dies wurde von einem durch die Stadt beauftragten Statiker bestätigt, der ermittelt hat, dass die Tragkonstruktion viel zu schwach bemessen wurde. Hierdurch kam es bereits kurz nach der Aufstellung zu Zerstörungen an 2 Stühlen.

Die Kosten für Reparatur und Änderung können derzeit noch nicht genau beziffert werden. Die Kosten für den Aus- und Wiedereinbau belaufen sich auf ca. 1.500,00 Euro.

zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 15 4/2008)
Vorlage: VO/0246/2008

Wie bescheidet die stadteigene GeWoBau die Wohnungsgesuche von überschuldeten Personen mit Wohnberechtigungsschein?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die von der Geschäftsführung freigegebene Arbeitsanweisung für die Wohnungsverwaltung der GeWoBau führt zur der Frage von Bonität aus:

Ziel der Bonitätsprüfung ist die Abwendung von wirtschaftlichen Risiken für die GeWoBau. Gleichrangig ist der besondere Versorgungsauftrag für den örtlichen Wohnungsmarkt zu sehen.

Werden Verschuldungen festgestellt, sind die Bewerber nicht grundsätzlich abzulehnen. Vielmehr sind durch Beratung und Weitervermittlung individuelle Lösungen zu suchen, die den Abschluss eines Mietvertrages, unter Beachtung der wirtschaftlichen Interessen der GeWoBau, auch dann noch möglich machen. Bei langjährigen vertragstreuen Mietern ist eine Bonitätsprüfung entbehrlich. Bestehen auch nach Vorlage von Einkommensnachweisen Zweifel an der Bonität oder Vertragstreue ist das Soziale Management in die Prüfung einzubeziehen.

Einkommenshöhen

Wenn die Mietübernahme durch das Sozialamt der Stadt Marburg oder das KreisJobCenter schriftlich erklärt wurde, eine Abtretung durch den Rentenversicherungsträger oder die Arbeitsagentur vorliegt, ist die Mietzahlung als gesichert anzusehen. Für Studenten gilt als Einkommensnachweis die selbstschuldnerische Bürgschaft.

Es ist immer der besondere persönliche Hintergrund zu beachten. Ebenso fließt in die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit ein, ob der Kunde dauerbeschäftigt ist, eine schulische oder/und berufliche Ausbildung hat etc. „

zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 16 4/2008)
Vorlage: VO/0247/2008

Wie ist der Stand der Gewerbesteuereinnahmen zum Stichtag 31. März, wie beurteilt der Magistrat die weiteren Aussichten für das Jahr 2008 und kann der Magistrat bereits die Auswirkungen der Änderungen vom 1.1.2008 bei der Gewerbesteuer beurteilen?

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet:

Nach dem Monatsabschluss der Stadtkasse betragen die Gewerbesteuereinnahmen 50.138.910,22 € zum 31.03.2008.

Die übrigen Fragen hat der Oberbürgermeister zur Kleinen Anfrage Nr. 20 des Stadtverordneten Metz in der Stadtverordnetenversammlung am 13.03.2008 bereits beantwortet.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

**zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 17 4/2008)
Vorlage: VO/0272/2008**

Welche Verpflichtung haben Hauseigentümer, dass Schneewächten von straßen-seitig liegenden Dächern entfernt werden, damit keine Gefahr für die Nutzer der Straßen und Gehwege besteht, und wie wird ggf. deren Einhaltung durch die Stadtverwaltung kontrolliert?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Rahmen der allgemeinen Verkehrssicherungspflicht ist der Hauseigentümer auch für Gefahren verantwortlich, die durch Schnee auf Dächern entstehen.

Stellt die Ordnungspolizei eine solche Gefahrensituation fest bzw. erhalten wir die Information von Dritten, erfolgt umgehend eine Aufforderung an die verantwortliche Person.

**zu 4.18 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 18 4/2008)
Vorlage: VO/0273/2008**

Kann der Magistrat Auskunft geben, ob in das Konzept der Mittagsversorgung an Ganztagschulen die Erfahrungen eingeflossen sind, - die gemacht wurden bei der Mittagsversorgung von Kindergartenkindern mit regionalen und ökologischen Lebensmitteln - und die gemacht wurden bei dem Modellprojekt „mittendrin“ im Rahmen des Wettbewerbs „Besser essen. Mehr bewegen“, das vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz für drei Jahre gefördert wird und seit dem 01.11.2006 bis zum 31.10.2009 nachhaltige Verbesserungen in den Stadtteilen und Schulen fördern und verankern will?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Magistrat hat am 07.04.2008 einen Beschluss zur Bezuschussung des Mittagessens an Schulen mit Ganztagsangeboten gefasst und in diesem Zusammenhang konkrete Qualitätsstandards festgelegt sowie eine Leistungsvereinbarung mit den Caterern abgeschlossen.

Darin eingebunden sind die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 16.07.2004 bzw. vom 15.12.2005 im Hinblick auf gentechnisch veränderte Lebensmittel und die Verwendung von Produkten aus ökologischer und regionaler Produktion.

Darüber hinaus wird in der Leistungsvereinbarung festgelegt, dass die "Qualitätsstandards für die Schulverpflegung" des Bundesministeriums für

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz" sowie der "Deutschen Gesellschaft für Ernährung" zur Grundlage der Essenszubereitung anzuwenden sind.

Außerdem wird in der Leistungsvereinbarung festgelegt, dass das Thema gesunde und ausgewogene Ernährung in den Schulalltag einfließen soll. Dazu sollen an den einzelnen Schulen zusammen mit den Caterern Projektwochen und Workshops durchgeführt werden, in die dann auch die Erfahrungen des Modellprojektes "mittendrin" einzubinden sind.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

**zu 4.19 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 19 4/2008)
Vorlage: VO/0274/2008**

Kann bei der anstehenden Eröffnung der Freibadsaison damit gerechnet werden, dass rund um das Babybecken und auf der Liegewiese genügend Sonnensegel aufgestellt sein werden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die auszuführenden Arbeiten am Planschbecken AquaMar haben sich witterungsbedingt um ca. 14 Tage verschoben.

Zur Zeit werden die Edelstahlarbeiten fertig gestellt. Die Arbeiten der Außenanlage werden bis zum 9. Mai abgeschlossen. Es wird ein Sonnensegel im Bereich des Beckens errichtet.

Die Aufstellung folgt Mitte Mai. Ein endgültiger Einbautermin wird am 21.04.2008 mit der ausführenden Firma vereinbart.

Um 18:07 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer die Sitzungsleitung.

**zu 4.20 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Röder (Nr.20 4/2008)
Vorlage: VO/0264/2008**

Wie schnell sieht der Magistrat die Möglichkeit die Zugangstreppe zur Marbacher Grundschule so zu sanieren, dass Kinder und Erwachsene nicht dauernd knöcheltief im Wasser stehen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Nach Rücksprache mit Frau Stauber (Schulleitung) können keine Mängel an der Treppenanlage des Schulgeländes festgestellt werden. Vermutlich betrifft die Anfrage den öffentlichen Bereich.

Bei einer Überprüfung der Situation konnte das Problem nicht eindeutig nachvollzogen werden. Nach Rücksprache mit dem Ortsvorsteher, Herrn Dr.

Rausch, kann es sich wahrscheinlich um eine kleine Setzung im Fußweg auf einer Fläche von ca. 1m² handeln. Diese kann bei entsprechender Witterung kurzfristig durch den DBM beseitigt werden.

**zu 4.21 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr. 21 4/2008)
Vorlage: VO/0275/2008**

In der Strasse „An der Hausstatt“ gegenüber dem Haus Nr. 26 befindet sich zurzeit der Bau eines großen Mehrfamilienhauses. Dieses viel zu große Gebäude an einer solch exponierten Stelle fällt durch seine Größe von weitem ins Auge und verschandelt den Anblick. Lässt der Bebauungsplan so einen Bau zu und wer hat die Genehmigung erteilt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Baugenehmigung wurde am 02.10.2008 von der Bauaufsicht der Stadt Marburg erteilt. Sie war gemäß § 64 Hess. Bauordnung (HBO) zu erteilen, weil alle öffentlich-rechtlichen Vorschriften, die im Baugenehmigungsverfahren zu prüfen sind, eingehalten wurden.

Für den Bereich des Baugrundstücks existiert kein rechtskräftiger Bebauungsplan. Dementsprechend erfolgt die Beurteilung der Einfügung in die nähere Umgebung nach § 34 Baugesetzbuch (BauGB).

Für die Abgrenzung der näheren Umgebung ist nicht nur die unmittelbare Nachbarbebauung, sondern der im Zusammenhang bebaute Ortsteil maßgebend. Somit sind u. a. auch die Gebäude in der Gabelsbergerstraße, die größer sind als das im Betreff genannte Mehrfamilienwohnhaus, für die Beurteilung der Einfügung der näheren Umgebung zu berücksichtigen.

Der Bauherr hat die Planung vor dem Einreichen des Bauantrages mit den Fachdiensten des Bauamtes abgestimmt. Dabei wurde eine wesentliche Reduzierung der Baumasse gegenüber dem Bauherren durchgesetzt. Der Gestaltungsbeirat der Stadt Marburg hat dem Bauvorhaben dann zugestimmt.

Eine Ablehnung des Bauantrages wäre somit rechtswidrig gewesen und hätte bei einem Rechtsstreit keinen Bestand gehabt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Wulff und Jannasch (CDU), sowie Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.22 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 22 4/2008)
Vorlage: VO/0255/2008**

Bei der Genehmigung des Bordells in Marburg wurde größtmögliche Transparenz und Kontrolle versprochen. Wann wird endlich die Große Anfrage der CDU zu dem / den Betreiber/n beantwortet?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Große Anfrage wurde mit Datum 10. April 2008 vom Magistrat beantwortet.

Zum zeitlichen Ablauf:

- Eingang der Großen Anfrage 3.9.2007
- Fachbereich 3 ersucht um Konkretisierung der Begründung am 12.9.2007
- Daher Schreiben des Stadtverordnetenvorstehers an die Fragesteller am 13.9.2007
- Kleine Anfrage der Fragesteller wegen Beantwortung der Großen Anfrage am 6.12.2007
- Telefonat des Stadtverordnetenbüros mit der Fragestellerin wegen der noch ausstehenden konkretisierten Begründung
- Eingang der Begründung im Stadtverordnetenbüro am 7.1.2008
- Fristsetzung für die Beantwortung durch Fachbereich 3 : 1.2.2008
- Eingang der Beantwortung 13.3.2008
- Magistrat beschließt die Beantwortung am 7.4.2008
- Antwortschreiben an Fragesteller 10.4.2008

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.23 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr. 23 4/2008)
Vorlage: VO/0256/2008**

Wie viel Finanzmittel sind in die Unterhaltung des Sport- und Spielplatzes „An der Weintrautstraße“ von 2000 bis 2008 jährlich (bitte getrennte Angaben) eingestellt und verausgabt worden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Kosten gliedern sich in den einzelnen Jahren wie folgt auf:

Für die Jahre 2000 und 2001 liegen dem Fachdienst 42 keine separaten Kostenaufstellungen der einzelnen Sportanlagen vor.

Für den Sportplatz Weintrautstraße wurden für die allgemeine Unterhaltungspflege in den einzelnen Jahren Ist-Kosten in nachfolgender Höhe ermittelt:

2002 Ist-Kosten i. H. v. = 9.595,01 €
2003 Ist-Kosten i. H. v. = 8.984,73 €
2004 Ist-Kosten i. H. v. = 8.052,96 €
2005 Ist-Kosten i. H. v. = 6.299,91 €
2006 Ist-Kosten i. H. v. = 8.017,94 €
2007 Ist-Kosten i. H. v. = 9.937,37 €

Für den Spielplatz liegen folgende Zahlen vor:

2002 Ist-Kosten i. H. v. = 1.012,59 €
2003 Ist-Kosten i. H. v. = 5.683,68 €
2004 Ist-Kosten i. H. v. = 6.198,71 €

2005 Ist-Kosten i. H. v. = 6.165,44 €
2006 Ist-Kosten i. H. v. = 4.674,32 €
2007 Ist-Kosten i. H. v. = 4.283,14 €

**zu 4.24 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 24 4/2008)
Vorlage: VO/0276/2008**

Der Magistrat möge mitteilen, wer veranlasst hat, in das Gemäuer des Elisabethbrunnenhauses am Wehrdaer Weg Edelstahlstifte einzudübeln um Seile für Kletterrosen zu halten und ob die Denkmalbehörde dem zugestimmt hat.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Zum Elisabethjahr hat der Marburger Verschönerungsverein an mehreren markanten Stellen im Stadtgebiet Kletterrosen gepflanzt. Zur weiteren Entwicklung waren an einigen Standorten zwingend Rankhilfen erforderlich. Diese wurden vom Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur beauftragt. Am Elisabethbrunnen, der vom Marburger Verschönerungsverein erbaut wurde und auch von diesem weiterhin unterhalten wird, wurde eine Rankhilfe installiert, die mit möglichst wenigen Haltepunkten auskommt. Die Ausführung wurde mit der Unteren Denkmalschutzbehörde abgestimmt. Ausgeführt wurde die Montage durch eine heimische Fachfirma, so dass eine sorgsame Umgehensweise mit dem historischen Baudenkmal gewährleistet war.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Röhrkohl (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.25 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 25 4/2008)
Vorlage: VO/0265/2008**

Welche gesundheitsfördernden Maßnahmen wurden im letzten Jahr dem Personal der Stadtverwaltung und in städtischen Unternehmen angeboten und welche sind für dieses Jahr geplant bzw. in der Umsetzung?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im vergangenen Jahr gründete sich zur Konzeption und Umsetzung einer betrieblichen Gesundheitsförderung bei der Stadtverwaltung Marburg und dem Dienstleistungsbetrieb der Universitätsstadt Marburg der Arbeitskreis Gesundheit. Dieser hat in Kooperation mit der Hessischen Krebsgesellschaft e. V. in diesem Jahr erstmals das Projekt „Darmkrebsvorsorge im Betrieb“ durchgeführt, an dem auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtwerke teilnehmen konnten.

Des Weiteren wird jedes Jahr eine Gripeschutzimpfung angeboten

Auch der Gesamtpersonalrat beteiligt sich durch die Ausrichtung des alljährlich stattfindenden Sportevent an der Gesundheitsförderung.

Im vergangenen Jahr konnten nur durch die Unterstützung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als gesundheitsfördernde Maßnahmen die Kurse „Aquajogging-Schnupperkurs“ und „Funktionelles Fitness-Training“ angeboten werden, da die Haushaltsmittel für die Förderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gering war und der Schwerpunkt anderweitig gesetzt wurde.

In diesem Jahr konnte die Stärkung des Gesundheitsbewusstseins und der Gesundheitskompetenz in den Fokus des Fortbildungsjournals gerückt und folgende Kurse zur Gesundheitsförderung angeboten werden:

- Fitness- und Entspannung für Reinigungskräfte
- Funktionelles Fitnesstraining/Wirbelsäulengymnastik
- Aquajogging-Schnupperkurs
- Rückenschule
- Nordic-Walking
- Bildschirmarbeit und gesundes Sehen
- Das Rauchfrei Programm - Rauchstopp Methode
- Bewegungsergonomie am Arbeitsplatz
- Fit im Büro
- Gedächtnis- und Konzentrationstraining

Die Stadtwerke Marburg bietet in jedem Jahr Gripeschutzimpfungen an. Außerdem unterstützt sie die Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am JP-Morgan-Challenge-Lauf in Frankfurt durch die Übernahme des Startgeldes und das Sponsern der Trikots. Ende 2006 wurde mit Unterstützung der AOK die Menüauswahl in der Kantine durch eine Salattheke bereichert. Das Angebot eines Nordic-Walking-Kurses wurde nicht angenommen.

zu 4.26 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 26 4/2008)**
Vorlage: VO/0266/2008

In welcher Höhe steigen die Personalkosten bei der Stadt Marburg und den städtischen Unternehmen gegenüber den geplanten Personalkosten nach dem Tarifabschluss für den Öffentlichen Dienst.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nachdem beide Tarifvertragsparteien inzwischen innerhalb der Erklärungsfrist, die am 20.04.2008 endete, den Tarifabschluss gebilligt haben, ergibt sich eine durchschnittliche Erhöhung der Entgelte in 2008 um 5,1 %. Ab Januar 2009 erfolgt eine weitere Erhöhung um 2,8 % ergänzt durch eine einmalige Sonderzahlung.

Auf Grundlage der bekannten Eckwerte ergeben sich gegenüber den bisher geplanten Personalkosten folgende zusätzliche Kosten:

2008

Universitätsstadt Marburg	1.423.000 €
DBM	192.500 €

2009

Universitätsstadt Marburg	1.044.000 €
DBM	144.150 €

Der Tarifabschluss sieht, neben anderen Regelungen, für 2008 für jede/n Beschäftigte/n eine Einmalzahlung in Höhe von 50,00 € und eine 3,1 %ige Erhöhung der Tabellenentgelte (durchschnittlich 5,1 %) vor. In 2009 erhält jede/r Beschäftigte eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 225,00 € und darüber hinaus erfolgt eine Erhöhung des Tabellenentgeltes um weitere 2,8 %.

PS.: Die für den DBM ausgewiesenen Zahlen entsprechen einer Erhöhung um 3,1 %, da im Wirtschaftsplan 2008 des DBM bereits 2 % enthalten sind.

zu 5

Besetzung der Ortsgerichte

Wahl eines/r Ortsgerichtsschöffen/in für das OG Marburg I (Kernstadt und Gisselberg)

und

Wahl eines/r Ortsgerichtsschöffen/in und zugleich Stellvertreters/in des Ortsgerichtsvorstehers für das OG Marburg IV (Bauerbach, Ginseldorf, Moischt, Schröck)

Vorlage: VO/0186/2008

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet die stellvertretende Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat in seiner heutigen Sitzung über die anstehenden Wahlen beraten und die in der Vorlage genannten Wahlvorschläge zur Kenntnis genommen. Weitere Wahlvorschläge wurden nicht eingereicht.

Der Stadtverordnete Kissel (CDU) hat beantragt, den Ortsgerichtsschöffen für den Bezirk Marburger I (Kernstadt und Gisselberg) schriftlich und geheim zu wählen. Bewerber sind Lothar Frank und Dr. Sven-Olaf Krusch.

Der Ortsgerichtsschöffe und sogleich Stellvertreter des Ortsgerichtsvorstehers für den Bezirk Marburg IIII (Bauerbach, Ginseldorf, Moischt und Schröck) sollte zur Vereinfachung des Verfahrens offen gewählt werden. Bewerber ist Josef Gölzhäuser.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie vorgetragen zu verfahren und die Wahlen durchzuführen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst die Wahl durch Handzeichen durchführen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Herr Josef Gölzhäuer, wh. Zum Lahnberg 20, 35043 Marburg wird als Ortsgerichtsschöffe und sogleich Stellvertreter des Ortsgerichtsvorstehers für den Bezirk Marburg IIII (Bauerbach, Ginseldorf, Moischt und Schröck) gewählt.

Die vom Ortsgerichtsgesetz verlangte Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten ist erreicht.

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher die schriftliche und geheime Wahl des Ortsgerichtsschöffen für den Bezirk Marburg I (Kernstadt und Gisselberg) durchführen. Vorbereitete Stimmzettel werden durch Wahlhelfer ausgeteilt. Der Stadtverordnetenvorsteher ruft alle Stadtverordneten zur schriftlichen und geheimen Wahl auf.

Nach Abschluss des Wahlganges gibt der Stadtverordnetenvorsteher das Ergebnis bekannt:

Beteiligt haben sich an der Wahl 56 Stadtverordnete
Gültige Stimmen: 54
Ungültige Stimmen: 2

Auf den Bewerber Lothar Frank entfielen 20 Ja-Stimmen,
auf den Bewerber Dr. Sven-Olaf Krusch entfielen 34 Ja-Stimmen.

Damit ist Herr Dr. Sven-Olaf Krusch, wh. Hohe Leuchte 20, 35037 Marburg zum Ortsgerichtsschöffen für den Bezirk Marburg I (Kernstadt und Gisselberg) gewählt.

Die Mehrheit von mehr als der Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten wurden erreicht.

Anmerkungen: Der schriftliche Wahlgang wurde zusammen mit den schriftlichen Wahlen bei Tagesordnungspunkt 6 in einem Durchgang durchgeführt.

zu 6

**Neuwahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Marburg II (Kernstadt östlich) sowie Neuwahlen einer Schiedsperson und einer stellv. Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Marburg III (Cappel, Bortshausen, Ronhausen, Bauerbach, Ginseldorf, Moischt, Schröck)
Vorlage: VO/0187/2008**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet die stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneten Oppermann (CDU). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat in seiner heutigen Sitzung die in der Vorlage ausgedruckten Wahlvorschläge zur Kenntnis genommen. Weitere Wahlvorschläge wurden nicht vorgetragen.

Die Bewerberin Dr. Martina Höftberger für das Amt der Schiedsfrau für den Schiedsamsbezirk Marburg II wurde von keiner Fraktion als Wahlvorschlag übernommen.

Ebenso wurde die Bewerberin Frau Kirsten Fleing als Schiedsfrau für den Schiedsamsbezirk Marburg III von keiner Fraktion übernommen und vorgeschlagen.

Der Stadtverordnete Kissel hat im Wahlvorbereitungsausschuss beantragt, den Schiedsmann für den Bezirk Marburg III und den stellvertretenden Schiedsmann für diesen Bezirk schriftlich und geheim zu wählen.

Weitere Wahlvorschläge wurden im Wahlvorbereitungsausschuss nicht eingereicht. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die

Wahlen entsprechend durchzuführen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst die Wahl der Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Marburg II (Kernstadt östlich) offen durch Handzeichen durchführen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Herrn Hans-Joachim Schäfer, wh. Lenaustraße 2, 35039 Marburg wird zum Schiedsmann für den Schiedsamsbezirk Marburg II (Kernstadt östlich) gewählt.

Anschließend ruft der Stadtverordnetenvorsteher zur schriftlichen und geheimen Wahl des Schiedsmanns für den Schiedsamsbezirk Marburg III auf. Vorgeschlagen sind Herr Hanfried Dula und Herr Günter Stumpf. Ferner die Wahl des stellvertretenden Schiedsmanns für den gleichen Bezirk. Vorgeschlagen sind Herr Wolfgang Loewenhofer und Herr Heinrich Nau.

Die Wahlen werden mit getrennten Stimmzetteln schriftlich und geheim durchgeführt. Nach Abschluss des Wahlganges gibt der Stadtverordnetenvorsteher das Ergebnis bekannt.

1. Wahl der Schiedsperson für den Bezirk Marburg III:

An der Wahl haben sich beteiligt 56 Stadtverordneten.

Abgegeben gültige Stimmen: 56

davon 2 Nein-Stimmen.

Bewerber Manfred Dula: 22 Ja-Stimmen

Bewerber Günter Stumpf: 32 Ja-Stimmen

Damit ist Herr Günter Stumpf, wh. Am Nussacker 21, 35043 Marburg zum Schiedsmann für den Bezirk Marburg III (Cappel, Bortshausen, Ronhausen, Bauerbach, Ginseldorf, Moischt und Schröck) mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten gewählt.

2. Wahl der stellvertretenden Schiedsperson für den Bezirk Marburg III:

An der Wahl haben sich beteiligt 56 Stadtverordneten.

Abgegeben gültige Stimmen: 56

davon 3 Nein-Stimmen.

Bewerber Wolfgang Loewenhofer: 19 Ja-Stimmen

Bewerber Heinrich Nau: 34 Ja-Stimmen

Damit ist Herr Heinrich Nau, Buchenrotsweg 11, 35043 Marburg zur stellvertretenden Schiedsperson des Bezirks Marburg III mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten gewählt.

zu 7

**Förderung sozialer Gemeinschaftseinrichtungen
hier: Übernahme und Weiterleitung eines Investitionsfondsdarlehens für
das Haus der Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul in Fulda /
Alten- und Pflegeheim St. Elisabeth, Lahnstraße
Vorlage: VO/0146/2008**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nichtbeteiligung der FDP und der MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung ist damit einverstanden, dass der Magistrat gegenüber dem Land Hessen, Sozialministerium, eine rechtsverbindliche Erklärung des Inhalts abgibt, dass die Stadt Marburg ein zinsfreies Investitionsfondsdarlehen als Schuldnerin vom Land Hessen entgegennimmt und als Gläubigerin an das Haus der Barmherzigen Schwestern weiterreicht.

Das dadurch zwischen der Stadt Marburg und dem Haus der Barmherzigen Schwestern entstehende Darlehen ist von diesem grundbuchrechtlich zu sichern; die Tilgung, die die Stadt dem Land gegenüber zu leisten hat, ist vom Haus der Barmherzigen Schwestern zeitgleich der Stadt zu erstatten.

Die Stadtverordnetenversammlung ist sich bewusst, dass dieser Beschluss nicht dauerhaft eine haushaltsrechtliche Kreditermächtigung ersetzen kann. Er soll aber für den Magistrat die Möglichkeit schaffen, unverzüglich das vom Hessischen Sozialministerium geforderte Einverständnis zu erklären.

zu 8 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

**zu 8.1 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Sport- und Spielplatz
Weintrautstraße
Vorlage: VO/0144/2008**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat die Vorlage ausführlich beraten. Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) hat folgenden Änderungsantrag vorgetragen:

An der Weintrautstraße soll ein Sport- und Spielgelände erhalten bzw. neu geschaffen werden.

In dieser Antragsfassung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss die Zustimmung zu der Vorlage.

Der Antrag ist auch im Sozialausschuss beraten worden. Dort wurde er vertagt, da kein Vertreter des Kinder- und Jugendparlaments anwesend war.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Vorlage abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

An der Weintrautstraße soll ein Sport- und Spielgelände erhalten bzw. neu geschaffen werden.

**zu 8.2 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Mülleimer in den Bussen
Vorlage: VO/0145/2008**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Antrag wurde zurückgestellt bis ein Votum des Fahrgastbeirates und des Sozialausschusses vorliegt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis das Votum der genannten Gremien vorliegt.

zu 9 Dringlichkeitsanträge

**zu 9.1 Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Schutz der Bevölkerung in Tibet
Vorlage: VO/0277/2008**

Zu der Vorlage spricht der Stadtverordnete Stompfe (CDU). Er beantragt den Tagesordnungspunkt an den Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung in der regulären Mai-Sitzung zu überweisen. Weiter zur Sache sprechen die Stadtverordneten Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Gottschaldt (Marburger Linke) und erneut der Stadtverordnete Stompfe (CDU).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Die Vorlage wird an den Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung in der Mai-Sitzung überwiesen.

Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

zu 10 Anträge der Fraktionen

**zu 10.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Busverkehr obere Moischer Straße nach 22 Uhr
Vorlage: VO/0013/2008**

Die Vorlage ist im Umweltausschuss beraten worden. Sie wurde dort zurückgestellt bis zur Vorlage des Nahverkehrsplans.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis der Nahverkehrsplan vorliegt.

**zu 10.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Änderung der Satzung des Denkmalbeirats
Vorlage: VO/0029/2008**

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Er wurde dort zurückgestellt bis zur September-Sitzung des Ausschusses.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur September-Sitzung.

**zu 10.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Änderung der Satzung und der Geschäftsordnung des Beirats für Stadtgestaltung
Vorlage: VO/0030/2008**

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Er wurde dort zurückgestellt bis zur September-Sitzung des Ausschusses.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur September-Sitzung.

**zu 10.4 Antrag der MBL-Fraktion betr. Terminkalender
Vorlage: VO/0039/2008**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL), Neuwohner (Bündnis 90/Die Grünen) und Stompfe (CDU).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, MBL, FDP und Marburger Linke und Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 10.5 Antrag der CDU-Fraktion betr. Optimierung der Ampelschaltungen
Vorlage: VO/0072/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher an Hand der Niederschrift. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage. Auch hier wurde Aussprache angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Jannasch (CDU), Dr. Musket (SPD), Neuwohner (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Weiterhin spricht nochmals der Stadtverordnete Jannasch (CDU).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke und Enthaltung der MBL und der FDP folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Von 19:23 Uhr bis 19:56 Uhr hat die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung übernommen.

**zu 10.6 Antrag der CDU-Fraktion betr. Ausdehnung des Alkoholverbots
Vorlage: VO/0105/2008**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Dr. Röder (CDU), Lotz-Halilovic (SPD), Sawalies (FDP), Weber-Hofmann (Bündnis 90/Die Grünen) und Stompfe (CDU). Für den Magistrat sprechen der Oberbürgermeister und der Bürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 10.7 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Hindenburg-Gedenken
Vorlage: VO/0117/2008**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt wurde im Ältestenrat angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Gottschaldt (Marburger Linke), Prof. Dr. Dingeldein (FDP), Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) und Sawalies (FDP). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und einer Ja-Stimme aus der FDP, bei Nein-Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, seinen Einfluss im Verwaltungsrat der Sparkasse Marburg-Biedenkopf dahingehend geltend zu machen, dass in touristischer Literatur über Marburg, die von der Sparkassenstiftung Marburg-Biedenkopf gefördert wird, nicht weiterhin das Hindenburg-Grab in der Elisabeth als Sehenswürdigkeit und „kulturelle Entdeckung“ empfohlen wird.

**zu 10.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Funkmast in Ockershausen
Vorlage: VO/0118/2008**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher an Hand der Niederschrift. Der Bau- und Planungsausschuss hat die Vorlage nach Beratung auf einen Geschäftsordnungsantrag der SPD hin für erledigt erklärt. Aussprache wurde angemeldet.

Der Stadtverordnete Becker (SPD) stellt auch in der Stadtverordnetenversammlung den Geschäftsordnungsantrag die Vorlage für erledigt zu erklären. Dagegen spricht der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke). Zur Sache spricht der Bürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke, bei einer Enthaltung aus der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

**zu 10.9 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Effiziente Energieerzeugung
Vorlage: VO/0124/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag hat im Umweltausschuss folgende Fassung erhalten:

Der Magistrat wird aufgefordert, bei Neubau oder Auswechslung von Anlagen zur Wärmeversorgung in städtischen Gebäuden in Zusammenarbeit mit den

*Stadtwerken Marburg GmbH zur zusätzlichen Stromerzeugung **nach Möglichkeit** den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung (BHKW-Technik), möglichst unter Verwendung nachwachsender Rohstoffe, zu realisieren.*

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu dem Antrag in der Fassung, wie er im Umweltausschuss beschlossen wurde.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Antragsfassung abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, bei Neubau oder Auswechslung von Anlagen zur Wärmeversorgung in städtischen Gebäuden in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Marburg GmbH zur zusätzlichen Stromerzeugung nach Möglichkeit den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung (BHKW-Technik), möglichst unter Verwendung nachwachsender Rohstoffe, zu realisieren.

**zu 10.10 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Versorgung mit Ökostrom über Abnahmestellen im Eon-Netz
Vorlage: VO/0125/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, den Beschluss über den Bezug von Ökostrom für alle städtischen Abnahmestellen auch auf die Abnahmestellen im Versorgungsgebiet des Eon-Netzes anzuwenden.

**zu 10.11 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verkehrsberuhigung
Vorlage: VO/0126/2008**

Die Vorlage ist im Umweltausschuss beraten worden. Von dort wurde der Antrag an den Ortsbeirat des Stadtteiles Richtsberg mit der Bitte um Beratung und Stellungnahme überwiesen.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Auch der Bau- und Planungsausschuss hat die Vorlage zurückgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück und überweist ihn an den Ortsbeirat Richtsberg mit der Bitte um Beratung.

zu 10.12 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Tempo 30 in der Ketzertbach

Vorlage: VO/0127/2008

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Eine Aussprache zu dieser Vorlage wurde im Ältestenrat gewünscht.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dorn (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Dingeldein (FDP) und Stompfe (CDU). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob in der neu gestalteten Ketzertbach durchgehend Tempo 30 angeordnet werden kann.

Während der Aussprache hat von 21:52 Uhr bis 22:22 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Ludwig (MBL) die Sitzungsleitung übernommen.

zu 10.13 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Ökologisches Bauen

Vorlage: VO/0128/2008

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Aussprache wurde im Ältestenrat gewünscht.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Florschütz (Bündnis 90/Die Grünen), Schwebel (FDP) und Ludwig (MBL). Für den Magistrat spricht der Bürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, Nein-Stimmen der CDU und der MBL und

bei Enthaltung der FDP folgenden Beschluss:

Der Magistrat soll Leitlinien zum wirtschaftlichen und ökologischen Bauen erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorlegen.

**zu 10.14 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Schnurlostelefone
Vorlage: VO/0129/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, dauerstrahlende Schnurlostelefone sukzessive durch strahlungsarme Geräte zu ersetzen.

**zu 10.15 Antrag der CDU-Fraktion betr. Studier mal Marburg
Vorlage: VO/0160/2008**

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss beraten worden und wurde durch die antragsstellende Fraktion anschließend für erledigt erklärt.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 10.16 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Windkraft
Vorlage: VO/0161/2008**

Dieser Tagesordnungspunkt wird zusammen aufgerufen mit dem TOP 10.17 "Antrag der MBL-Fraktion betr. Windenergienutzung".

Es folgen die Ausschussberichte.

Zum *Tagesordnungspunkt 10.16* berichtet für den Umweltausschuss die stellvertretende Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Dr. Musket (SPD), Dr. Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Uchtmann (MBL), Schaffner (CDU) und Schwebel (FDP). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Nach Ende der Debatte lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den Tagesordnungs 10.16 abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, in Marburg weitere Windkraftstandorte zu entwickeln.

Zum *Tagesordnungspunkt 10.17* "Antrag der MBL-Fraktion betr. Windenergienutzung" berichtet für den Umweltausschuss die stellvertretende Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen). Da in der Sitzung des Umweltausschusses die antragsstellende Fraktion nicht zugegen war, hat der Ausschuss den Antrag zurückgestellt.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD).

Nach inhaltlicher Diskussion über den Antrag änderte der Stadtverordnete Ludwig den Antragstext derart, dass im ersten Satz nach "beauftragt" das Wort "weitere" ergänzt und nach "Windenergienutzung" das Wort "nur" eingefügt werden.

In dieser Fassung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss jedoch mehrheitlich die Ablehnung des ergänzten Antrages. Aussprache wurde beantragt. Der Stadtverordnete Dr. Uchtmann stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt 10.17 zu vertagen, damit in der nächsten Sitzung die Aussprache durchgeführt werden kann. Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit Ja-Stimmen der CDU, MBL und FDP, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag auf Vertagung wird abgelehnt. Die Vorlage wird heute zur Abstimmung gestellt.

Nach Protesten aus den Reihen der Antragsteller und Klärung von Verfahrensfragen verständigen sich die Fraktionen jedoch darauf, dass der Tagesordnungspunkt 10.17 doch vertagt wird bis zur Mai-Sitzung. Der soeben gefasste Geschäftsordnungsbeschluss wird insofern zurück genommen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Tagesordnungspunkt 10.17 zurück bis zur Mai-Sitzung des Hauses.

zu 10.17 **Antrag der MBL-Fraktion betr. Windenergienutzung**
Vorlage: VO/0184/2008

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 10.16 "Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Windkraft" aufgerufen.

**zu 10.18 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Trauerweide am Lahnufer
Vorlage: VO/0185/2008**

Der Antrag ist im Umweltausschuss beraten worden. Nach der ausführlichen Diskussion wurde die Vorlage von der antragsstellenden Fraktion zurückgezogen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 10.19 Antrag der MBL-Fraktion betr. Überprüfung von Bebauungsplänen
Vorlage: VO/0192/2008**

Der Antrag wird auf Wunsch der MBL-Fraktion vertagt bis zur Mai-Sitzung.

**zu 10.20 Antrag der CDU-Fraktion betr. ICE-Halt Marburg
Vorlage: VO/0211/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag hat im Umweltausschuss folgenden ergänzten Antragstext erhalten:

Der Magistrat wird gebeten, sich bei der Deutschen Bahn AG dafür einzusetzen, dass diese bei ihren nächsten Streckenentwicklungsplanungen Marburg als ICE Bahnhof berücksichtigt und dafür zu sorgen, dass Marburg auch weiterhin Haltepunkt für ICs bleibt.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt den geänderten Antragstext zur Abstimmung. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, sich bei der Deutschen Bahn AG dafür einzusetzen, dass diese bei ihren nächsten Streckenentwicklungsplanungen Marburg als ICE Bahnhof berücksichtigt und dafür zu sorgen, dass Marburg auch weiterhin Haltepunkt für ICs bleibt.

**zu 10.21 Antrag der CDU-Fraktion betr. Stiftungspreis Wochenmärkte
Vorlage: VO/0212/2008**

**Die Vorlage wurde von den Antragstellern im Ältestenrat zurückgezogen.
Eine Abstimmung erübrigt sich daher.**

**zu 10.22 Antrag der CDU-Fraktion betr. Europa-Woche
Vorlage: VO/0213/2008**

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss ausführlich diskutiert worden. **Anschließend hat die antragsstellende CDU-Fraktion die Vorlage zurückgezogen. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.**

**zu 10.23 Antrag der CDU-Fraktion betr. Geschichte der Vertriebenen
Vorlage: VO/0214/2008**

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Und wurde einvernehmlich an den VHS-Beirat überwiesen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück und überweist sie an den VHS-Beirat zur Beratung.

**zu 10.24 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Zukünftige Entwicklung
des Stadtwaldes
Vorlage: VO/0216/2008**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat möge auf Grundlage der Rahmenplanung Ockershausen prüfen, ob die städtebaulichen Zielsetzungen für das Quartier Stadtwald noch tragfähig sind.

**zu 10.25 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Sonderpädagogisches
Förderzentrum
Vorlage: VO/0217/2008**

Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach. Der Antrag wurde im Schul- und Kulturausschuss ausführlich beraten. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Die Vorlage hat im Schul- und Kulturausschuss folgenden ergänzten Beschlusstext erhalten:

Parallel dazu sollen die bildungspolitischen Zielsetzungen, wie sie in der Bildungsprogrammatische der rot-grünen Koalition festgehalten sind, nämlich die integrative, wohnortnahe Beschulung von Kindern an der zuständigen Regelschule, vorrangig mit in die Überlegungen einbezogen werden.

In dieser Fassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis

90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und MBL und einer Nein-Stimme aus der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie eine gemeinsame Entwicklung der Pestalozzi- und der Fronhofschule am Standort der Pestalozzischule verwirklicht werden kann.

Parallel dazu sollen die bildungspolitischen Zielsetzungen, wie sie in der Bildungsprogrammatische der rot-grünen Koalition festgehalten sind, nämlich die integrative, wohnortnahe Beschulung von Kindern an der zuständigen Regelschule, vorrangig mit in die Überlegungen einbezogen werden.

**zu 10.26 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Stadtbücherei
Vorlage: VO/0218/2008**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss hat den Antrag ausführlich beraten. Der Beschlusstenor wurde auf folgende Fassung abgeändert:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen und zu berichten, wie die erfolgreiche Arbeit der Stadtbücherei mit ihrer räumlichen Situation in der Innenstadt zukunftssicher weiterentwickelt werden kann.

In dieser Fassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen und zu berichten, wie die erfolgreiche Arbeit der Stadtbücherei mit ihrer räumlichen Situation in der Innenstadt zukunftssicher weiterentwickelt werden kann.

**zu 10.27 Antrag der MBL-Fraktion betr. Parkplätze rund um das AquaMar
Vorlage: VO/0219/2008**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Antrag wurde dort zurückgestellt bis ein Votum des Umweltausschusses als Fachausschuss vorliegt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück und überweist sie an den Umweltausschuss.

zu 11 Kenntnisnahmen

- zu 11.1 **Bericht des Magistrats zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30.08.2007 betreffend stichprobenartiger Untersuchungen in der gesamten Altstadt einschließlich Ketzerbach, Weidenhäuser Straße und Am Grün hinsichtlich Verstöße gegen Baurecht sowie Bestimmungen zum Brand- und Denkmalschutz**
Vorlage: VO/0135/2008

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss ausführlich beraten worden. In der Sitzung des Ältestenrates wurde eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt gewünscht.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis und vertagt sie gleichzeitig bis zur Mai-Sitzung um eine Aussprache zu ermöglichen.

-
- zu 11.2 **Bund-Länder-Programm; Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt"**
Vorlage: VO/0193/2008

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-
- zu 11.3 **Außerordentliche Tilgung von Darlehen im Haushaltsjahr 2008**
Vorlage: VO/0203/2008

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Im Haupt- und Finanzausschuss wurde dazu die Aussprache gewünscht.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur nächsten Sitzung, um die Aussprache zu ermöglichen.

-
- zu 11.4 **Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum 31.03.2008**
Vorlage: VO/0206/2008

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-
- zu 11.5 **Schulungsangebot an den haupt- und ehrenamtlichen Magistrat und die Stadtverordneten der Universitätsstadt Marburg**
Vorlage: VO/0202/2008

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Im Haupt- und Finanzausschuss wurde angeregt, die Ausschussmitglieder bei Bedarf gesondert zu schulen.

zu 11.6 Armutsbericht 2008
Vorlage: VO/0207/2008

Die Vorlage ist im Sozialausschuss beraten worden, dort wurde die Aussprache angemeldet.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Armutsbericht zur Kenntnis und stellt ihn gleichzeitig zurück bis zur nächsten Sitzung, um die Aussprache zu ermöglichen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:30 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Becker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Dringlichkeitsanträge